



Medienmitteilung vom 4. April 2008

Eine Ohrfeige für die Frauen: Gegen eine gerechtere Vertretung in Verwaltungsräten

Mehr Frauen in die Verwaltungsräte von Gesellschaften mit einer Bundesbeteiligung. Das verlangt eine Parlamentarische Initiative der a.Nationalrätin Barbara Häring. Die Rechtskommission des Nationalrates hat entschieden, die Initiative abzuschreiben und auf den ausgearbeiteten Gesetzesentwurf nicht gar nicht erst einzutreten. Eine klare Ohrfeige für die Frauen, die krass im Widerspruch zum Gleichstellungsauftrag der Bundesverfassung steht, meinte dazu Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer zu diesem skandalösen Entscheid.

Jedes Geschlecht soll mit einem Anteil von mindestens 30 Prozent in den Verwaltungsräten der bundesnahen Unternehmen vertreten sein. So wollte es ein Vorstoss von Barbara Häring, dem der Nationalrat am 1. März 2005 stattgegeben hatte. Sie wies darauf hin, dass die Frauen gerade in Führungsfunktionen in der Wirtschaft nach wie vor krass untervertreten sind. Dies sowohl in der Privatwirtschaft als auch bei den Unternehmen des Bundes. Das ist wirtschaftlich falsch, da Unternehmungen mit einem guten Mix an Frauen und Männern in den Leitungsorganen betriebswirtschaftlich bessere Resultate erzielen, und gleichstellungspolitisch untragbar. Erfahrungen im Ausland zeigen klar, dass mit festen Zielvorgaben gerade auch in der Wirtschaft, die Stellung der Frauen innert kurzer Frist verbessert werden kann.

Eine Subkommission der Rechtskommission des Nationalrates hat der Kommission einen Entwurf zu einem Bundesgesetz für die Umsetzung der parlamentarischen Initiative unterbreitet. Die Kommission hat nun äusserst knapp Nichteintreten und Abschreibung der Initiative beschlossen und damit sogar eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Gesetzesentwurf verweigert. Diesen Entscheid gilt es, vom Nationalrat zu korrigieren.